



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner** und **Fraktion (AfD)**

Bayerische Wirtschaft vor grüner Inflation und Dirigismus schützen II: Keine Klimaschutzverträge!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Klimaschutz- bzw. Differenzverträge (Carbon Contracts for Difference – CCfD) neodirigistische industriepolitische Eingriffe sind, die mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar sind.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Landesebene dafür einzusetzen, dass es keine Einführung von sogenannten Klimaschutz- bzw. Differenzverträgen geben wird.

Begründung:

Die energieintensiven Industrien bleiben ein wichtiger Bestandteil der heimischen Wirtschaft. Ihr Umsatz entspricht 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP), aber sie machen auch rund ein Fünftel des Nettostromverbrauchs und ca. 15 Prozent der gesamten CO₂-Emissionen aus.^{1,2} Insbesondere die chemische Industrie, wie z. B. Wacker Chemie oder Linde, hat ein hohes Wertschöpfungs- und Innovationsportfolio vorzuweisen.

Die Staatsregierung plant derzeit, die CO₂-Reduktion bis 2030 auf unter 5 Tonnen pro Person zu senken und den Freistaat bereits 2040 „klimaneutral“ zu machen. Diese Dekarbonisierungsbemühungen belasten die Wirtschaft, insbesondere die Industrie und die energieintensiven Unternehmen immens – diese Einschätzung wird u. a. von dem Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) geteilt.^{3,4} Empirische Studien des Kieler Instituts für Weltwirtschaft belegen, dass Deutschland und Bayern bereits jetzt die zweithöchste CO₂-Bepreisung weltweit haben.⁵

¹ EID (2022). Die Energieintensiven Industrien sichern Wohlstand. URL: <https://www.energieintensive.de/>

² Geier J., Wagner L.M. (2020). Energieintensive Industrien im (Klima)Wandel. FES. URL: <https://www.fes.de/themenportal-wirtschaft-finanzen-oekologie-soziales/artikelseite/energieintensive-industrien-im-klimawandel>

³ VBEW (2022). Klimaneutrales Bayern. URL: <https://www.vbew.de/energie/klimaneutrales-bayern-2040>

⁴ Brand S. et al. (2021). 5 Bio. EUR klimafreundlich investieren – eine leistbare Herausforderung. KfW Research. URL: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2021/Fokus-Nr.-350-Oktober-2021-Investitionsbedarfe-Klimaneutral-taet.pdf>

⁵ Böhringer C., Peterson S. et al. (2021). Climate Policies after Paris: Pledge, Trade, and Recycle. IfW Kiel. URL: https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/Sonja_Peterson/Climate_Policies_after_Paris_Pledge_Trade_and_Recycle/KWP_2183_EMF_overview_01.pdf

Verständlicherweise fordern diese energieintensiven Industrien immer lauter Entlastungs- und Ausgleichsmaßnahmen von der Regierung.⁶ Die Alternative wäre die Verlagerung ihrer Produktion ins Ausland – Deindustrialisierung genannt „Carbon Leakage“, die laut Kiel Institut für Weltwirtschaft die heimische Wirtschaft bis zu 1,6 Prozent des BIP kosten kann.⁷

Als mögliche Subventionsmaßnahmen erwägen die Bundes- und Staatsregierung daher die baldige Einführung von Industriestrompreisen und sogenannten CCfD, Klimaschutzverträgen.

Als eine Form neodirigistischer grüner Industriepolitik haben Klimaschutzverträge jedoch viele Nachteile:

CCfDs sind innovationsfeindlich und technologieverschlossen, da der Staat bestimmte Technologien und Produktionsprozesse auswählt, finanziert und konserviert, die sich zudem selbst in einem Szenario mit hoher globaler Nachfrage nach kohlenstofffreien Produkten als ineffizient erweisen könnten. Dieses Argument wird auch durch eine aktuelle Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität zu Köln gestützt.⁸

Um eine vollständige Dekarbonisierung des Industriesektors zu erreichen, müsste die Regierung laut KfW Research jährlich Differenzverträge im Wert von fast 21 Mrd. Euro (250 Euro pro Kopf) finanzieren.⁹ Fraglich ist, woher in der ohnehin schon sehr angespannten Haushaltslage die finanziellen Mittel kommen sollen.

In diesem Zusammenhang: Klimaschutzverträge führen zu einer Subventionierung über zehn Jahre oder mehr. Eine solche langfristige Finanzierung ist derzeit nach deutschem Haushaltsrecht nicht möglich, da es Regierungen lange bindet – auch nach längst erfolgten Neuwahlen und Regierungswechseln.¹⁰

CO₂-Verträge verringern die klimapolitische Belastung energieintensiver Unternehmen nur, heben sie aber nicht auf. Die nationale CO₂-Abgabe, der Europäische Emissionshandel und der (geplante) CO₂-Grenzausgleich kosten die Wirtschaft 390 Euro pro Person und Jahr (32,2 Mrd. Euro oder knapp 1 Prozent des BIP).¹¹

Bei der Bewertung der CO₂-Intensität eines bestimmten Produktionsprozesses kann es zu Ungleichheiten kommen, wie die Kontroverse um Tank-to-Wheel- vs. Well-to-Wheel-Bewertungsmethoden in der EU-Emissionsminderungsagenda gezeigt hat.

Zwischen 2011 und 2021 ist der Preis für EU-CO₂-Zertifikate um den Faktor 4 gestiegen, von 13 Euro pro Tonne CO₂ auf 54 Euro pro Tonne CO₂.¹² Die meisten Prognosen gehen davon aus, dass der Preisanstieg bis 2030 85 bis über 100 Euro pro Tonne CO₂ erreichen wird.¹³ Bei solch hohen Zertifikatspreisen werden CO₂-Verträge auch gänzlich unnötig.¹⁴

⁶ Stratmann K. (2021). Deutschland muss den energieintensiven Industrien massiv unter die Arme greifen. Handelsblatt. URL: <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-deutschland-muss-den-energieintensiven-industrien-massiv-unter-die-arme-greifen/27285084.html>

⁷ Böhringer C., Peterson S. et al. (2021). Climate Policies after Paris: Pledge, Trade, and Recycle. IfW Kiel. URL: https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/Sonja_Peterson/Climate_Policies_after_Paris_Pledge_Trade_and_Recycle/KWP_2183_EMF_overview_01.pdf

⁸ Jeddi S. et al (2021). Complementing carbon prices with Carbon Contracts for Difference in the presence of risk - When is it beneficial and when not? EWI. URL: https://www.ewi.uni-koeln.de/cms/wp-content/uploads/2021/11/EWI_WP_21-09_Complementing_carbon_prices_with_carbon_contracts_for_difference_in_the_presence_of_risk_Jeddi_Lencz_Wildgrube.pdf

⁹ Brand S. et al. (2021).

¹⁰ Hillemann D., Ehls T. (2022). Germany relies on climate protection contracts (Carbon Contracts for Difference) - what do companies need to know? fieldfisher. URL: <https://www.fieldfisher.com/en/insights/fag-germany-relies-on-carbon-contracts-for-difference>

¹¹ Matthes F. et al. (2021). CO₂-Bepreisung und die Reform der Steuern und Umlagen auf Strom: Die Umfinanzierung der Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Öko-Institut. URL: <https://bit.ly/3sUF0hx>

¹² icap (2022). Allowance Price Explorer. URL: <https://icapcarbonaction.com/en/ets-prices>

¹³ Krukowska E. (2021). Europe CO₂ Prices May Rise More Than 50% by 2030, EU Draft Shows. Bloomberg. URL: <https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-06-29/europe-co2-prices-may-rise-more-than-50-by-2030-eu-draft-shows>

¹⁴ Europex (2021). Carbon Contracts for Difference (CCfDs) and their potentially distortive effects on emission markets: call for a comprehensive impact assessment. URL: https://www.europex.org/position-papers/carbon-contracts-for-difference/#_ftn4